

Neuer Blick auf alten Gutshof

Bauarbeiter richten Gelände für einen Wochenmarkt her

Großbeeren. Die Bauarbeiten am alten Gutshof im Ortskern von Großbeeren haben am Montag viele erstaunte Blicke auf sich gezogen: Am Vormittag wurde die Mauer, die Passanten bisher den freien Blick auf den Hof verwehrt, vollständig abgerissen. Nun können die Ortsbewohner fast bis zum Lilograben schauen – für die meisten ein ungewohnter Anblick.

Der Abriss ist Teil der Umgestaltung des Gutshofgeländes. Vergangene Wochen haben die Bauarbeiten auf dem Platz begonnen: Zunächst wurde die Betonschicht abgetragen, um einer versiegelten, stolperfreien Fläche zu weichen. Demnächst werden außerdem Solarlampen installiert. Abschließend soll die alte Passage geöffnet werden, die vom alten Gutshof entlang der Rathaus-Parkplätze zur Straße „Am Rathaus“ führt.

Mit den Maßnahmen bereiten die Bauarbeiter die Fläche für den Wochenmarkt vor, der noch im Frühjahr auf dem Gelände Einzug halten soll. In Kürze wird das Vorhaben ausgeschrieben, was ursprünglich schon für Ende 2020 angekündigt war. Neben dem Wochenmarkt sollen vor allem Festivitäten auf der als Parkplatz genutzten Fläche stattfinden. Zum 750-jährigen Jubiläum der Stadt hat sich die Gemeinde verschiedenste Veranstaltungen überlegt.

Für den Wochenmarkt sollen etwa zehn bis 15 Stände auf der Fläche Platz haben, den Bürgern sollen möglichst regionale Produkte wie Honig, Obst und Gemüse sowie Fisch und Fleisch angeboten werden. Im Moment ist geplant, den Wochenmarkt zu Beginn immer donnerstags stattfinden zu lassen, erst zweiwöchentlich, dann wöchentlich, hatte Bürgermeister Tobias Borstel (SPD) angekündigt. Später soll der Markt auch auf das Wochenende ausgeweitet werden.

Die Umgestaltung des Gutshofgeländes ist Teil der Bemühungen der Gemeinde, den Ortskern von Großbeeren attraktiver zu gestalten. Auch andere Ecken – etwa die ehemalige Bibliothek und die Dorfaue – sollen laut Bürgermeister künftig noch weiter aufgewertet werden. *lin*



Bauarbeiten am alten Gutshof: Hier soll ein Wochenmarkt Einzug halten. FOTO: LISA NEUGEBAUER



Es gibt neue Pläne für ein Wohngebiet in Niederlehme: Die Bürger hätten weiterhin die Möglichkeit, sich einzubringen.

FOTO: GERLINDE IRMSCHER

Pläne für Wohngebiet in Niederlehme nehmen Gestalt an

Am Montag stellten die Projektentwickler von „Mehrwertbauer“ ihre Pläne für das „Hafenquartier Niederlehme“ dem Bauausschuss vor

Von Johanna Apel

Königs Wusterhausen. Die Pläne für ein neues Wohngebiet im Königswusterhäuser Ortsteil Niederlehme werden konkreter. Am Montag stellte ein Vertreter des Berliner Unternehmens „Die Mehrwertbauer“ seine Ideen für das „Hafenquartier Niederlehme“ dem Bauausschuss vor.



Das ist ein starker städtebaulicher Entwurf.

Katharina Ennullat (FWKW), Ortsvorsteherin Niederlehme

Demnach sollen auf dem 43.000 Quadratmeter großen Grundstück 250 bis 300 Mietwohnungen entstehen. Dabei soll es sich aber nicht um ein reines Wohngebiet handeln, so der Architekt und Stadtplaner Stefan Giesler. Durch den öffentlichen Zugang zum Wasser, durch Grünflächen und Möglichkeiten für Handel und Gastronomie könne ein „attraktiver Ort“ geschaffen werden.

Außerdem sei Platz für eine Kita – und für einen Bürgertreff. Konkret geht es um das Areal der Heidelberg Cement am alten Hafen. Auf Initiative der Stadt sollte das Gelände nun „höherwertig“ genutzt werden, so Giesler. Die „Mehrwertbauer“ hatten sich beim Investorenauswahlverfahren durchgesetzt. Der Entwurf der Projektentwickler sieht Häuser mit zweieinhalb bis drei Geschossen vor. In die Wohnungen könnten sowohl Alleinwohnende als auch Familien einziehen, für Barrierefreiheit sei gesorgt, sagte Giesler. Angaben über Preise machte er am Montag noch nicht. Die Planer rechnen mit durchschnittlich 1,6 Personen pro Wohnung. Auf 300 Wohneinheiten gerechnet, würde das 480 Einwohner bedeuten. Ebenfalls im Entwurf: Ein Hochhaus mit bis zu 15 Geschossen. Das hatte bereits im Vorfeld für Diskussionen gesorgt. Außerdem war die Sorge geäußert worden, ob die Infrastruktur auf das neue Wohngebiet ausgerichtet sei. Auch am Montag ging es um diese Aspekte. So betonte Martin Meiner (CDU) etwa, dass der Entwurf zwar insgesamt ansprechend sei, das Hochhaus aber ein „Problem“ werden könnte. Giesler verwies darauf, dass es ihm „völlig bewusst“ sei, dass es noch offene Fragen gebe. Und: Bei vielen Bauprojekten sei der Spagat zwischen Dichte und einer belebten Mitte zu meistern.



So könnte das neue Wohngebiet in Königs Wusterhausen, das Hafenquartier Niederlehme, aussehen.

GRAFIK: DIE MEHRWERTBAUER / GIESLER ARCHITEKTEN

Um florierende Geschäfte zu haben, brauche es eben auch Menschen vor Ort. Das Hochhaus könne zu einem markanten Punkt werden, der Leute anziehe; eine Art zweiter Wasserturm. Das sieht auch Katharina Ennullat (FWKW), die Ortsvorsteherin Niederlehmes, ähnlich. Das Hochhaus würde den Wasserturm spiegeln und sei sicherlich ein „Hingucker“. Insgesamt steht sie den Plänen der „Mehrwertbauer“ positiv gegenüber: „Das ist ein starker städtebaulicher Entwurf“, so Ennullat. Der Ortsteil könne dadurch aufgewertet werden. Gleichwohl sei es aber eben vorerst ein Entwurf. Die Bürger hätten weiterhin die Möglichkeit, sich einzubringen. Denn

der Aufstellungsbeschluss ist noch nicht gefasst. Darauf verwies auch Giesler am Montag. „Ich stehe nicht hier und sage, das geht nur so“, sagte er etwa mit Blick auf das Hochhaus. Zunächst stünden nun Gespräche mit Behörden und der Politik an. Im nächsten Schritt könne dann der Aufstellungsbeschluss gefasst werden. Der Bebauungsplan soll das Hafenquartier übrigens als „urbanes Gebiet“ skizzieren. Bei dieser Gebietsform kann der Anteil der Wohnfläche höher sein als in einem Mischgebiet. Außerdem gehe es um andere Schallemissionen, so Giesler. Das sei auch mit Blick auf den Sportplatz relevant. Denn der müsse auf jeden Fall erhalten bleiben. *ja*

Prominente Konkurrenz für Lugk

CDU-Generalsekretär wird Gegenkandidat

Ludwigsfelde. Bettina Lugk, die bisherige SPD-Unterbezirksvorsitzende Teltow-Fläming und im Märkischen Kreis im Sauerland (NRW/Wahlkreis 150) gerade zur Bundestagskandidatin gewählt, bekommt prominente Konkurrenz: Mit Paul Ziemiak tritt sie sehr wahrscheinlich gegen den CDU-Generalsekretär an. Dieser will dem Vernehmen nach seinen Herner Wahlkreis nach vier Jahren wieder verlassen und ebenfalls im Wahlkreis 150 antreten.

Die 39 Jahre alte Lugk tritt im Sauerland als absoluter Neuling an. Die Kandidatur war über die Bundestagsabgeordnete und Sportausschuss-Vorsitzende Dagmar Freitag zustande gekommen, die nach 27 Jahren nicht mehr antritt. Freitag wird in der vor Ort erscheinenden Tageszeitung Iserlohner Kreisanzeiger und Zeitung (IKZ) zu dieser Konkurrenz mit den Sätzen zitiert: „Durch seine überregionale Tätigkeit hat er zweifellos einen hohen Bekanntheitsgrad, was insbesondere in diesem Jahr mit all den bekannten Einschränkungen ein klarer Vorteil ist. Und dieser Wahlkreis ist strukturell ohnehin bekanntlich eher konservativ. Also schon eine eher schwierige Aufgabe für einen neuen Namen.“

Hinzu komme, dass zurzeit niemand verlässlich sagen könne, welche Bedingungen für die heiße Wahlkampfphase ab Anfang August herrschen, so Freitag; sie vermutet einen eher virtuellen, digitalen Wahlkampf, „der für jede neue Kandidatin eine zusätzliche Hürde darstellen würde. Doch es sei keineswegs ein Makel, so die erfahrene Politikerin, bei einer ersten Kandidatur über eine Landesliste in ein Parlament gewählt zu werden. Das sei ihr 1994 so ergangen und dem Kollegen Ziemiak 2017 in Herne. „Vier Jahre später werden die Karten neu gemischt“, sagt Freitag laut IKZ.

Lugk hatte bei der Delegiertenkonferenz im Märkischen Kreis knapp gewonnen. Inzwischen hat die Siethenerin vor Ort eine Wohnung gemietet, um ab Mai intensiv auf Wahlkampftour gehen zu können. *ja*

Screening und Workshop

Genshagen. Wer den in Genshagen mit hiesigen Menschen gedrehten Dokumentarfilm „Fremder Alltag“ sehen möchte, kann das in dieser Woche tun. Weil Kinos immer noch nicht geöffnet sind, laden die beiden Regisseurinnen Sharon On und Laura Söllner online zu einem Filmscreening ihres 77-Minuten-Werkes mit anschließendem Workshop ein.

Dazu muss man sich über die Vereinsseite vorortung.de bis Donnerstag, den 4. März, anmelden oder direkt per Mail unter vorortung@posteo.de. Dann bekommt man die Zugangsdaten, um den Film auf Vimeo anzusehen. Die Israelin On und die Österreicherin Söllner nennen ihre Veranstaltung „Flucht. Und du?“, der Online-Workshop ist mit anderthalb Stunden geplant. Die Filmpremiere war für Anfang November im Berliner Kino „Babylon“ geplant, dann aber schärferen Corona-Regeln zum Opfer gefallen.

In der Dokumentation geht es um sechs Menschen, die entweder nach Deutschland geflüchtet oder bereits hier aufgewachsen sind und in ihrem Alltag begleitet werden.

Sharon On sagt: „Was diesen Workshop zu einer einzigartigen Erfahrung macht ist die Möglichkeit, Parallelen zwischen dem Thema, dem Film und dem eigenen Leben zu ziehen.“ *ja*

Keine Einigung zum ZWG-Gesellschaftervertrag

Zossener Ausschuss Recht, Sicherheit und Ordnung trifft sich am 11. März zu einer Sondersitzung

Von Jutta Abromeit

Zossen. In Zossen wird die Änderung des Gesellschaftsvertrages der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft mbH weiter heftig diskutiert. Der Finanzausschuss hatte zwei Geschäftsführer empfohlen, wegen der prekären Haushaltslage einen hauptamtlichen und einen Verwaltungsangestellten, der die Funktion ohne große Zusatzkosten wahrnimmt. Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Ordnung konnte sich auf seiner Sitzung für keine Empfehlung entscheiden. Das Gremium trifft sich am 11. März zu einer Sondersitzung.

Jurist Thomas Blanke (CDU), der stellvertretende Ausschussvorsitzende, erklärt: „Das Thema ist so wichtig, aber auch so komplex, dass wir das in Ruhe beraten müssen.“ Dieses „in Ruhe“ heißt für interessierte Zuhörer allerdings, dass sie

sich vor allem gedulden müssen und unter Umständen nur das Ergebnis erfahren. Denn nach Auffassung mehrerer Stadtverordneter sei in der Sitzung des Finanzausschusses vieles öffentlich gesagt und benannt worden, was strenger Nichtöffentlichkeit unterliegt.

Fassen die Stadtverordneten demnächst tatsächlich mehrheitlich den Beschluss, den Gesellschaftervertrag zu ändern, ist das eine Zäsur gegenüber bisheriger Gepflogenheit. Auf Initiative von Bürgermeisterin Wiebke Schwarzweiler (FDP) sollen die Stadtverordneten vor allem bei Entscheidungen über Grundstücksverkäufe mehr als bisher mitreden können; sie will, dass darüber nicht nur die vier gewählten Stadtverordneten-Vertreter, sondern alle entscheiden. Zudem will sie, dass die Stadtverordneten mehr als bisher informiert werden, was in der kommunalen Gesell-

schaft geschäftlich passiert. Sie sollen im Gegensatz zum aktuellen Stand ganz direkt Auskunft verlan-

gen können. Derzeit sieht Schwarzweiler „zuviel Macht bei wenigen Stadtverordneten“.



Die Ausschüsse tagen zurzeit meist mit Videoübertragung. FOTO: JUTTA ABROMEIT

Für die meisten überraschend – auch für den ZWG-Aufsichtsratsvorsitzenden Peter Hummer (Plan B) – war bei der Finanzausschuss-Sitzung öffentlich bekannt geworden, dass auch der stellvertretende Bürgermeister Mitglied im ZWG-Aufsichtsrat ist, er jedoch nie eingeladen worden war. Angesichts dessen wird in Zossen nun auch überlegt, alle ohne ihn gefassten Beschlüsse der zurückliegenden Jahre nun zu heilen.

Das Tauziehen um dieses Thema verwundert nicht: Bei der grundsätzlichen Entscheidung, die bisherige Konstellation dieses ZWG-Vertrages zu ändern, hatte es im vergangenen Jahr Streit zwischen Anhängern der alten Bürgermeisterin Michaela Schreiber (Plan B) und ihrer Nachfolgerin Schwarzweiler gegeben; das Votum endete mit einer Stimme Mehrheit für die jetzt so heftig diskutierte Änderung. *ja*